

Pressebericht: Esslinger Zeitung, 18.08.2023

Jede vierte Freiwilligenstelle ist in Gefahr

Mit Unverständnis reagieren Diakonische Einrichtungen im Kreis Esslingen auf die Berliner Sparpläne. Die Träger gehen von spürbaren Folgen aus.

Von Elke Hauptmann

KREIS ESSLINGEN. Die Sparpläne der Bundesregierung sind laut Eberhard Haußmann, dem Geschäftsführer der Diakonie im Landkreis Esslingen, ein herber Schlag für alle Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren wollen. „Wenn das so kommt, haben wir große Sorgen, wie es in den sozialen Einrichtungen künftig weitergehen soll.“

Die Freiwilligendienste müssen dem Etatentwurf von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) zufolge ab 2024 mit drastischen Kürzungen rechnen. In diesem Jahr liegen die Bundesmittel noch bei 326 Millionen Euro, im kommenden Jahr sollen bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ und FÖJ) und beim Bundesfreiwilligendienst (BFD) insgesamt 78 Millionen Euro (23,7 Prozent) gestrichen werden. Das hätte zur Folge, dass deutlich weniger Interessierte die Möglichkeit erhalten, solch ein Bildungs- und Orientierungsjahr zu absolvieren.

„Wir haben große Sorgen, wie es in den Einrichtungen weitergehen soll.“

Eberhard Haußmann,
Geschäftsführer
der Diakonie im
Kreis Esslingen

„Wir gehen davon aus, dass durch die Kürzung jede vierte Stelle im Freiwilligendienst wegfallen könnte“, sagt Haußmann. Für die Diakonie im Landkreis Esslingen hieße das: 2024/25 könnte es statt für rund 200 Freiwillige nur noch einen Finanzrahmen für maximal 150 Dienstleistende geben. Durch 50 FSJ-Stellen weniger wird der soziale Bereich zwar nicht zusammenbrechen – immerhin 4000 Beschäftigte zählt die Diakonie im Kreis. Die Freiwilligen leisteten laut Eberhard Haußmann aber einen ganz wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Fachkräfte: Wären sie nicht da, fehlten zum Beispiel helfende Hände in Kindertagesstätten, Jugendhäusern und Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe. Dringend benötigt würden die FSJler auch für Fahrdienste. „Die Belieferung unserer Tafelläden etwa würde dann nicht mehr so funktionieren wie jetzt.“

Besorgungen, Botengänge, Besuche: Es seien die kleinen Dinge, mit denen die Freiwilligen Großes bewirkten, fügt Jochen Schnizler, der Geschäftsführer der Diakonie- und Sozialstationen Nürtingen und Neuffe-



Viele junge Menschen leisten freiwillig einen sozialen Dienst – unter anderem in Senioreneinrichtungen

Symbolfoto: dpa/Patrick Pleul

Was sich hinter FSJ und BFD verbirgt

Freiwilliges Soziales

Jahr Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) richtet sich an Menschen bis 26 Jahren, die noch nicht wissen, welche berufliche Richtung sie einschlagen wollen. Sie erhalten in sozialen Einrichtungen die Möglichkeit, verschiedene Arbeitsgebiete kennenzulernen.

Bundesfreiwilligen-

dienst Erwachsene, die älter als 27 Jahre sind, können sich ebenfalls freiwillig für die Gesellschaft engagieren. Den Bundesfreiwilligendienst (BFD) kann man sogar mehrmals leisten – jeweils im Abstand von fünf Jahren. Es gibt keine Altersgrenze.

Vergütung Das FSJ oder der BFD kann eine Dauer von sechs bis 18 Monaten haben. Das Taschengeld beträgt aktuell maximal 438 Euro monatlich. Hinzu kommen in manchen Fällen kostenlose Unterkunft, Verpflegung und Dienstkleidung oder entsprechende Geldersatzleistungen. eh

ner Tal hinzu. „Viele Ausflüge und manches mehr könnten wir nicht machen, wenn wir die FSJler nicht hätten.“ Was Menschen für ein bescheidenes Taschengeld im Freiwilligendienst leisteten, das könne man durch Fachkräfte nicht einfach ersetzen. Die Personaldecke werde ohnehin immer dünner. „Und leichter wird es nicht, Fachkräfte zu gewinnen“, fügt Jochen Knodel, der Vorstandsvorsitzende der mehr als 600 Mitarbeitende zählenden Stiftung Tragwerk in Kirchheim, hinzu.

Auch deshalb sei der Freiwilligendienst für die Zukunft der sozialen Berufe so wichtig, erläutert er: Die Träger generierten so einen Teil ihres Nachwuchses. „Viele junge Menschen machen nach ihrem Dienst eine entsprechende Ausbildung.“ In den meisten Fällen habe man es mit Schulabgängern zu tun, die ein Findungsjahr bräuchten, um zu erkennen, was sie einmal beruflich machen wollen. Sie auf dem Weg zu begleiten und zu einer Bewerbung zu ermutigen, lohne sich jedoch, fügt Schnizler voller Überzeugung hinzu. „Unsere FSJler sind sehr motiviert und mit Freude dabei.“

Hier soll an einem empfindlichen Punkt gespart werden, „während der Bundespräsi-

dent gleichzeitig eine Debatte über die Einführung eines einjährigen Pflichtdienstes für junge Menschen anstößt“, kritisiert Haußmann. „Das verstehen wir nicht.“ Das Pflichtjahr hätte Kosten von fünf bis acht Milliarden Euro zur Folge, sagt er. „Das steht in keinem Verhältnis zum heutigen Aufwand.“ Statt zu kürzen, sollten die Freiwilligendienste finanziell besser ausgestattet werden, fordert Haußmann. Dann würde man auch mehr Interessenten ansprechen – angesichts des demografischen Wandels werde der Bedarf an Freiwilligen eher steigen. Denkbar wäre beispielsweise eine Angleichung der Vergütung an die Bafög-Sätze für Studierende. Denn: „Viele junge Menschen können sich ein Freiwilliges soziales Jahr schlicht nicht leisten.“

Eindringlich warnen die drei Experten der Politik davor, die Mittel für die Freiwilligendienste zu kürzen. Die sozialen Einrichtungen könnten nicht auf die FSJler oder die „Bufdis“ verzichten. Noch haben Haußmann, Knodel und Schnizler die Hoffnung, dass der Bundestag Lindners Haushaltsplan nicht zustimmt: „Wir werden mit Vehemenz für die Sache kämpfen.“ Die erste Debatte über den Bundesetat findet im September statt, entschieden wird am 1. Dezember.